

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Carl Auer, Leipzig, Postfach 100. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 3 Mark pro Quartal. Inland: 10 Pf. pro Stück. Ausland: 15 Pf. pro Stück. Druck: Carl Auer, Leipzig, Postfach 100.

Nr. 21

Sonntag, den 25. Januar 1925

20. Jahrgang

Rücktritt der preußischen Regierung.

Berlin, 23. Januar. Das preußische Kabinett hat seine Gesamtemission beschlossen. Es wird die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Staatsministeriums weiterführen.

Die Gesamtemission ist beschlossen worden in einer interfraktionellen Besprechung der Koalitionsparteien, die nach Schluß der gestrigen Landtagssitzung stattfand. Der Preussische Landtag wird Anfang Februar den neuen Ministerpräsidenten zu wählen haben, wobei die Koalitionsparteien einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen werden.

Die Mißtrauensanträge gegen die deutschnational-kommunistische Front abgelehnt.

Berlin, 23. Januar. Im preussischen Landtag fanden heute die Abstimmungen über die Programmklärung der Regierung statt. Zuerst wurde über einen motivierten Mißtrauensantrag abgestimmt, den die Kommunisten gegen das Kabinett eingebracht hatten. Trotzdem stimmten die Rechtspar-teien mit für diesen kommunistischen Antrag. Abgegeben wurden 442 Stimmen. Es haben also von den preussischen Landtagsabgeordneten nur 8 gestimmt. Die absolute Mehrheit hätte 222 betragen. Die Zahl wurde nicht erreicht. Es stimmten 221 Abgeordnete für, 221 gegen den Antrag, jedoch er abgelehnt wurde. Die Abwehr der Vorwürfe der vereinigten Rechten und Kommunisten wurde von der Linken und dem Zentrum mit minutenlangem Beifall begleitet.

Die verfassungsmäßige Stimmzahl gegen die Regierung wurde nicht erreicht, so daß also verfassungsrechtlich für das Kabinett Braum kein Grund zum Rücktritt gegeben ist. Bei der Zusammensetzung der Opposition aus Rechtsparteien und Linkskradikalen war eine ganze Anzahl von Mißtrauensvoten eingebracht worden, so daß die Abstimmungen sich stundenlang hinzogen. An erster Stelle kam der Mißtrauensantrag der Kommunisten, der im Sinne der kommunistischen Politik motiviert war. Es war bisher allgemein angenommen worden, daß die Deutschnationalen und die Volksparteier sich nicht dazu verstehen würden, für einen motivierten Mißtrauensantrag der Kommunisten zu stimmen, da diese Parteien natürlich sich zu den Motiven der Kommunisten in schärfstem Gegensatz befinden. Diese Voraussetzung erwies sich aber als irrig. Als erster erklärte der Spre-

cher der Volkspartei, daß seine Fraktion für die Kommunisten stimmen werde. Da der Verfassung nach für die Annahme eines Mißtrauensvotums die absolute Mehrheit sämtlicher gewählter Abgeordneter und nicht nur die Mehrheit der Abstimmenden erforderlich ist, war der Antrag der Kommunisten abgelehnt. Damit haben also Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Böhmische Wirtschaftspartei und Kommunisten geschlossen gegen die Regierung gestimmt.

Es folgte dann die Abstimmung über die deutschnationalen Mißtrauensanträge, die in mehrere Teile geteilt waren. Zu einem Tumult kam es dann nach der letzten Abstimmung. Die Nationalsozialisten und ein Teil der Deutschnationalen haben einen Vertrauensantrag für das Kabinett Braum eingebracht, der bezweckte, den endgültigen Sturz der Regierung herbeizuführen. Die Parteien der Regierung ließen vor der Abstimmung erklären, daß der Antrag der Nationalen und Deutschnationalen unwahrscheinlich sei, und daß sie sich deshalb an der Abstimmung nicht beteiligen würden. Infolgedessen stimmten nur die Oppositionsparteien, die 229 Stimmen ausbrachten. Als der Präsident daraufhin erklären mußte, daß das Haus beschlußfähig sei, ergab sich bei der Rechten und bei der Linken ein ungeheurer Tumult. Man rief: „Schiebung“ und stürzte gegen den Präsidentensitz vor. Der Kommunist Bied ergreift die Glocke, läutet andauernd und hält eine Ansprache auf die kommunistische Weltrevolution. Als der Präsident sich entfernt hatte, gibt es im Sitzungssaal noch eine Prägellei zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Ein Tribünenbesucher bringt ein Hoch auf die Weltrevolution aus, an dem sich eine große Zahl des kommunistischen Publikums auf den Tribünen beteiligt. Die nächste Sitzung findet am 3. Februar statt.

Korruption und Staatsform.

Von Alfred Brodant.

Mitglied der Deutsch-Demokratischen Reichstagsfraktion. Die reaktionäre Presse, die während der Inflationszeit durch Zeitungsaufkäufe seitens gewisser Industriekonzerne gewaltig erstarkt ist, läßt kein unangenehmes Ereignis vorübergehen, ohne es der neuen deutschen Staatsform, der Republik, anzukreiden. Nicht nur der politische Teil der reaktionären Zeitungen, auch ihr Feuilleton, selbst der Lokalbericht wird dem Zweck dienlich gemacht, das Neue herabzuwürdigen: selbst Raubmorde, Schülerelbstmorde mußten herhalten, um für diesen Zweck ausgeschlachtet zu werden. Jener furchtbare mörderische Mord in einer Westermarck-Villa, der sich als die Tat des Willensbestäters herausstellte, wurde für ein Geminger Blatt auf die ursprüngliche Nachricht hin, daß es sich um einen Raubmord handele, die Veranlassung zu einem sensationellen Leitartikel gegen die Republik, selbstverständlich ohne daß das Blatt hinterher seinen Irrtum eingestand. So ist es kein Wunder, wenn auch die Darmstädter weiblich dazu ausgeht, um die neue Staatsform zu diskreditieren. In welcher Weise es geschieht, ist geradezu skandalös. Ohne die geringsten Skrupel wurden auch hochachtbare Personen, die nicht das geringste mit der Affäre zu tun haben, wie die früheren republikanischen Reichstagsabgeordnete Dr. Haas und Dr. Hübner, der demokratische Abgeordnete Dr. Haas, selbst der Reichspräsident Ebert in die Affäre hineingezogen auf ungeprüfte Sensationsmeldungen hin, von deren Widerlegung selbstverständlich — das heißt bei uns deutsch und national — keine Notiz genommen wurde.

Daß es sich bei der Darmstadt-Affäre um eine Korruptionsercheinung handelt, wird niemand bestreiten, aber sie der Republik zuzuschreiben, sie als unausbleibliche Begleitererscheinung der Staatsumwälzung hinzustellen, das vermag nur die Verlogenheit einer Presse, der eines Zustandes kommt, das schlechte politische Gedächtnis der Deutschen. Auch im alten Reich ist es nicht an Skandalen mit Korruptionscharakter geblieben; den letzten Reichstagsdebatten sind eine ganze Anzahl in Erinnerung zurückgerufen worden. Es sei hier nur an schwerere Anklagen hingewiesen, die Bismarck im dritten seiner „Gedanken und Erinnerungen“ gegen den preußischen Minister von Bütticher richtet. Niemand darf den Namen fällt es ein, able Affären aus der Kaiserzeit als maßstab für das alte System zu bezeichnen. Wir müssen sich die Republikaner dagegen verwahren, daß Affären, an deren Aufdeckung sie die Behörden eifrig arbeiten, Begleitererscheinungen der demokratischen Staatsform wären. Wenn Korruption in den letzten Jahren zahlreicher als früher gewesen sind, so ist das einfach eine der vielen Folgen des fünfjährigen Krieges. Kriege sind eben nicht das als das sie ihre Verherrlicher hinstellen, sondern sie sind moralisierend. Gewisse Leute reden nur von der „Republik“. Wann ist das Schicksal in Deutschland treten? Wer hat es geschädigt? Wir haben einen aus dem Lager der Rechten dafür, daß es die Kräfte gewesen ist, in der es aufkam, und daß es Verbrechen des kaiserlichen Systems gewesen sind, die es in seiner Zeit getrieben haben. Es war kein geringerer als Stresemann, der am 22. Oktober 1918 — weiß er es noch? — in einer wichtigen Anklage gegen das alte System im Reichstag wörtlich sich wie folgt vernehmen ließ:

„Ich darf auf das Eine hinweisen, daß beispielweise in der Frage der Vergütung von Vorkriegsrenten durch das Kriegsmiisterium ein System befolgt worden ist, dem wir die Schieberwirtschaft in Deutschland und die Kriegsgewinnlerlast am allermeisten danken. . . Was damals unter der Herrschaft der Behörden vor sich ging, war ein Vorbegehen an allen produktiven Ständen, war ein Verdrängen von Elementen, mit denen kein ehrlicher Kaufmann jemals ein Geschäft abgeschlossen hätte. . . Die Art, wie man das ganze Volk geradezu zum Betrüger am Staat erziehen hat, weil es die Gesetze übertreten mußte, um das Leben retten zu können, mußte zum Zusammenbruch der Nationalität führen.“

Was damals gesündigt wurde, mußte zwangsläufig nach dem Zusammenbruch nachwirken u. es wird noch lange Jahre dauern, ehe die durch den Krieg herbeigeführte Demoralisation überwunden sein wird. Die Gründerperiode, die dem Krieg von 1870/71 folgte, war eine ähnliche Krausheitszeitung im öffentlichen Leben, wie wir sie jetzt sehen.

Was den Verfall und Senken zur Zeit angeht, ist noch im Dunkel gehüllt; es wird sich die Aufgabe vornehmlich darauf erstrecken, daß sie sich die Kasse betragsmäßig verschafft haben. Es steht fest, daß ihnen solche Kredite von amtlichen Stellen, nämlich der Reichspost und der Preussischen Staatsbank, gewährt worden sind. Ist es bei der Reichspost ein Mann des neuen Systems, der Minister Dr. Doesse von der Zentrumspartei, der belastet erscheint, so sind es bei der Preussischen Staatsbank hohe Beamte, die die Republik aus dem alten Staat übernommen hat, Beamte, die politisch rechts gerichtet sind. Selbst wenn die Kredite, die dem Darmstadt-Konzerne gewährt wurden, noch gedeckt werden sollten, bleibt eine schwere Anklage gegen die Reichspost und die Preussische Staatsbank bestehen: Wie konnten diese Institute in einer Zeit allgemeiner größter Kreditnot, in der solide Unternehmen kaum Kredite von wenigen Tausend Mark zu erhalten vermochten, dies Millionen Kredit an einen einzigen Konzerne

Bericht der IMAK Anfang Februar.

London, 23. Jan. Die Sitzung der Vorkriegs-Konferenz, die am Mittwoch stattfinden sollte, ist um einige Tage verschoben worden und die beabsichtigte zweite vorläufige Note an Deutschland ist daher noch nicht abgefaßt worden. Die Kontrollkommission setzt inzwischen ihre Inspektionen bis zum Ende dieses Monats fort was auch hier ziemlich überrascht. Anfang Februar wird dann die Kommission ihren endgültigen Bericht dem alliierten Militärkomitee in Versailles und der Vorkriegs-Konferenz in Paris vorlegen. Dieser Bericht wird keine eigenen Schlussfolgerungen der Kommission enthalten, sondern sich völlig auf eine Darstellung der Tatsachen beschränken, wie sie die Kommission sieht.

Antwortnote Englands an Stresemann.

Paris, 23. Jan. Eine Londoner Habasmeldung besagt, daß die englische Regierung eine Antwort auf die letzte Protokollnote Stresemanns in der Frage der Nicht-Änderung Kölns abzusenden wünsche. Ein offizieller Bericht liegt allerdings noch nicht vor.

Der Nichträumungsprotest abgelehnt.

Rotterdam, 23. Januar. Der „Courant“ meldet aus Paris: Der letzte Vorkriegs-Konferenz hat den Protest Deutschlands gegen die Verlegung der Räumung Kölns zurückgewiesen.

Deutsch-französisches Garantieabkommen?

Paris, 23. Jan. In der Frage eines deutsch-französischen Garantieabkommens nimmt man in englischen Kreisen ernst Stellung. In unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, es besteht Grund zu der Annahme, daß das Anerbieten Dr. Ruther's über ein gegenseitiges militärisches Garantieabkommen bei der französischen Regierung auf Entgegenkommen stoßen werde. Ueber den Eindruck in englischen Kreisen erklärt das „Petit Journal“ aus London: Die Londoner politischen Kreise konzentrieren die Meldung, wonach Dr. Ruther Frankreich einen gegenseitigen Garantiepakt anbieten werde, mit großem Interesse. Man ist der Ansicht, daß diese Meldung begründet ist, weist aber darauf hin, daß die neue Reichsregierung wahrscheinlich noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt hat. Immerhin ist man davon überzeugt, daß Deutschland dem französischen Standpunkt

in der Frage der Sicherheit größeres Verständnis entgegenbringt. Man hält eine zufriedenstellende Lösung des Problems für möglich, wenn die deutsche Regierung Schritte im Dual d'Orsay unternehme. Allgemein wird angenommen, daß die Meldung als Versuchsballon losgelassen wurde. Nichtsdestoweniger geht die Auffassung vor maßgebenden Kreise dahin, daß Deutschland seine Stellung in Europa erheblich verstärken würde, wenn der Kanzler Herriot einen Vorschlag auf Unterzeichnung eines Garantiepaktes tatsächlich unterbreitet.

Das Genfer Protokoll von Italien ratifiziert.

Paris, 23. Jan. Aus Rom wird gemeldet, daß der italienische Senat das Genfer Protokoll ratifiziert habe mit dem Vorbehalt, daß es nicht auf die Kolonien angewandt werden dürfe.

Die Regierung in Chile gestürzt.

Newport, 24. Jan. Bis aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist die Regierung Juntas zurückgetreten. Nachdem eine Gruppe junger Offiziere den Moneda-Palast, den Sitz der höchsten Behörden, besetzt und Kruppen den Palast umzingelt haben. Eine neue Regierung Juntas ist gebildet worden. Präsident Alessandri ist dringend aufgefordert worden, aus Italien zurückzukehren und die Präsidentschaft wieder zu übernehmen. Zu Ausschreitungen ist es sonst nicht gekommen.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen?

Paris, 23. Jan. Die deutsche Delegation für den Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages hat heute vormittag um 1/2 12 Uhr dem französischen Handelsministerium eine Mitteilung überreicht, in der die französische Delegation um Auskunft über verschiedene Punkte des letzten französischen Vorschlages, über deren Bedeutung die deutsche Regierung noch im Zweifel ist, gebeten wird. In der deutschen Delegation erklärte man, noch keine Auskunft geben zu können. Es besteht also die Hoffnung, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden können. Eine neue Sitzung kann naturgemäß erst anderaumt werden, wenn die Antwort der französischen Delegation auf die heutige deutsche Mitteilung vorliegt.

uf

Be.

Bl-

usch

ung

oba

zu

stelle d. Bl.